

Corona-Infektionen in Deutschland sinken, Energiepreise steigen deutlich, Krankenkassen drohen hohe Belastungen

Corona-Infektionen in Deutschland sinken

Es sind erneut gute Neuigkeiten: In Deutschland verlangsamte sich die Ausbreitung des Coronavirus weiter. Das Robert-Koch-Institut meldete am Sonntag 8616 neue Infektionsfälle binnen 24 Stunden. Die Sieben-Tages-Inzidenz sank auf 75,6. Dieser Wert gibt an, wie viele Menschen je 100.000 Einwohner sich binnen sieben Tagen nachweislich angesteckt haben. Diesen Mittwoch (10.02.2021) beraten die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder, wie es mit Blick auf den zunächst bis 14. Februar geltenden Lockdown weitergehen soll. Wirtschaftsminister Peter Altmaier warnte vor zu großen Lockerungen. Mit einer Öffnung der Gastronomie rechnet Altmaier nicht vor Ende März oder Anfang April. ([Manager Magazin](#))

Energiepreise steigen deutlich

Der Preissprung zeichnet sich seit Jahresbeginn ab: Von Dezember auf Januar haben sich die Energiekosten für Privathaushalte so stark verteuert wie zuletzt vor zehn Jahren. Im vergangenen Jahr haben niedrige Energiepreise den Anstieg der Inflationsrate in Deutschland noch gebremst. Doch das scheint nun vorbei zu sein. Die durchschnittlichen Kosten

für Heizung, Strom und Kraftstoffe sind nach Berechnungen des Vergleichsportals Verivox um knapp sieben Prozent gestiegen. Preistreiber seien vor allem das Auslaufen der befristeten Mehrwertsteuersenkung, die Einführung der CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe sowie gestiegene Großhandelspreise. ([Spiegel Online](#))

Krankenkassen drohen hohe Belastungen

Es war zu erwarten: Corona dürfte die Krankenkassen in Deutschland weit über die Pandemie hinaus finanziell belasten. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat das Szenario durchgerechnet. Etwa zehn Jahre lang müssten die Kosten von einem jährlichen Milliardenbetrag ausgehen. Allein 2022 dürften den gesetzlichen Kassen nach heutigem Stand mindestens 17 Milliarden Euro aufgrund teurer Gesetzesänderungen und der Corona-Pandemie fehlen. „Das dicke Ende für die gesetzliche Krankenversicherung kommt erst noch“, warnt Martin Litsch, Vorstandsvorsitzender des AOK Bundesverbands, dessen Mitgliedskassen 27 Millionen Menschen in Deutschland versichern. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag dürfte sich demnach auf 2,5 Prozent nahezu verdoppeln, die Krankenversicherung damit 17,1 Prozent des Bruttogehalts kosten. ([Die Welt](#))